

Gemeinde Eitorf
DER BÜRGERMEISTER

ANLAGE
zu TO.-Pkt.

lfd. Nummer: 00244 \ 11 \ A

Amt 20 Amt für Finanzen und Steuern

Sachbearbeiter/-in: Herr Strack

Eitorf, den 24.11.2003

Bürgermeister

i.V.

Erster Beigeordneter

Vorblatt zu einem
A n t r a g
für den
öffentlichen Sitzungsteil

Gremium und Datum:

Hauptausschuss am 08.12.2003

Beratungsfolge:

Rat der Gemeinde Eitorf am 15.12.2003

Tagesordnungspunkt:

Erlass einer Resolution betr. eine durchgreifende Gemeindefinanzreform

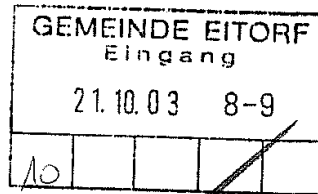
- **Antrag der SPD-Fraktion vom 21.10.2003**
- **Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2003**

Antragstext:

s. Folgeseite

SPD Fraktion im Rat der Gemeinde Eitorf

Herrn
Bürgermeister Peter Patt
Rathaus
53783 Eitorf



21.10.03

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Die SPD Fraktion beantragt folgende Resolution als TOP für die nächste Sitzung des Hauptausschusses, bzw. des Rates:

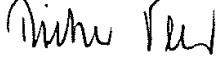
Hilfe jetzt

Kommunen brauchen eine durchgreifende Gemeindefinanzreform

1. Die deutschen Städte und Gemeinden befinden sich in der schlimmsten finanziellen Krise seit der Gründung der Bundesrepublik. Nach Schätzungen der kommunalen Spitzenverbände wird sich das Finanzierungssaldo des Jahres 2003 auf die kaum vorstellbare Summe von 10 Mrd. € (10.000.000.000,- €) belaufen.
2. Die Kommunen sind **die zentrale Ebene** in unserem Staatsaufbau, auf der unverzichtbare Leistungen der Daseinsvorsorge für alle Menschen in unserem Land erbracht werden. Ihre Leistungsfähigkeit ist deshalb entscheidend für das Gesamtwohl des Staates und aller Menschen.
3. Aufgrund der Finanzkrise ist die kommunale Investitionsfähigkeit weitgehend zusammengebrochen. Schulen, Kindergärten, Sportanlagen und viele weitere öffentliche Einrichtungen sind dem Verfall ausgesetzt. Ein wirtschaftlicher Aufschwung, der vor allem auch Handwerk und mittelständischen Betrieben zu Gute kommt, setzt zwingend die Rückgewinnung der kommunalen Investitionsfähigkeit voraus.
4. Die im Bundestag am 17. Oktober 2003 verabschiedeten Gesetze zur neuen Gemeindefinanzsteuer und für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe) weisen den richtigen Weg. Die vorgesehene Stärkung und Verstetigung der bisherigen Gewerbesteuer und die Absenkung der Gewerbesteuerumlage, die zusammen Mehreinnahmen von rund 3 Mrd. € jährlich bringen sollen, sind dringend notwendig zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation. Auch wenn die finanzielle Entlastungswirkung durch das vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt hinter den Erwartungen der Kommunen zurückbleibt, ist die vorgesehene Übernahme der Finanzverantwortung für Langzeitarbeitslosigkeit durch den Bund die entscheidende Grundlage für eine nachhaltige Entlastung der Kommunen von Sozialhilfekosten. Eine Abschaffung der Gewerbesteuer oder eine Kommunalisierung der Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit führen dagegen in die Irre; sie werden von uns abgelehnt.

5. Der Rat der Gemeinde Eitorf fordert die am weiteren Gesetzgebungsvorhaben Beteiligten - insbesondere den Bundesrat und die Mitglieder des Vermittlungsausschusses - auf, ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen gerecht zu werden: **Die Kommunen brauchen eine nachhaltige Stärkung ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zum 1. Januar 2004. Parteipolitische Blockaden darf es nicht geben!**

Mit freundlichen Grüßen



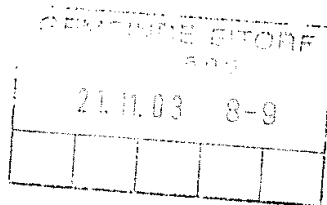
Dietmar Tandler

FRAKTION IM RAT DER GEMEINDE EITORF



CDU-Fraktion Eitorf 53783 Eitorf Bergstraße 91

An den
Bürgermeister
der Gemeinde Eitorf
Rathaus
53783 Eitorf



Bergstraße 91
53783 Eitorf

Vorsitzender:
Hermann-Josef Schmidt

Tel.: 02243/2545
Fax : 02243/2545
www.cdu-eitorf.de
cdu-eitorf@t-online.de

Eitorf, den 20.11.2003

Gemeindefinanzreform

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die CDU-Fraktion beantragt, die als Anlage beigefügte Resolution in der nächsten Sitzung des Rates zu beschließen.

Anlage: Resolution

Mit freundlichen Grüßen

H.-J. Schmidt

Resolution des Rates der Gemeinde Eitorf

Hilfe jetzt

Kommunen brauchen eine durchgreifende Gemeindefinanzreform

1. Die deutschen Städte und Gemeinden befinden sich in der schlimmsten finanziellen Krise seit der Gründung der Bundesrepublik. Nach Schätzungen der kommunalen Spitzenverbände wird sich das Finanzierungssaldo des Jahres 2003 auf die kaum vorstellbare Summe von 10 Mrd. € (10.000.000.000,- €) belaufen.
2. Die Kommunen sind **die zentrale Ebene** in unserem Staatsaufbau, auf der unverzichtbare Leistungen der Daseinsvorsorge für alle Menschen in unserem Land erbracht werden. Ihre Leistungsfähigkeit ist deshalb entscheidend für das Gesamtwohl des Staates und aller Menschen.
3. Aufgrund der Finanzkrise ist die kommunale Investitionsfähigkeit weitgehend zusammengebrochen. Schulen, Kindergärten, Sportanlagen und viele weitere öffentliche Einrichtungen sind dem Verfall ausgesetzt. Ein wirtschaftlicher Aufschwung, der vor allem auch Handwerk und mittelständischen Betrieben zu Gute kommt, setzt zwingend die Rückgewinnung der kommunalen Investitionsfähigkeit voraus.
4. Die im Bundestag am 17. Oktober 2003 verabschiedeten Gesetze zur neuen Gemeindefinanzsteuer und für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe) reichen bei weitem nicht aus. Mit der Rücknahme der Anhebung der Gewerbesteuerumlage, wird den Kommunen nur zurückgegeben, was ihnen zusteht. Eine dringend notwendige Verbesserung der kommunalen Finanzsituation wird durch diese Beschlüsse nicht erreicht. Die finanziellen Entlastungswirkung durch das vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt bleibt hinter den Erwartungen der Kommunen zurück.
5. Die Kommunen brauchen eine nachhaltige Stärkung ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit **bereits für das Jahr 2003** und eine langfristig tragfähige Gemeindefinanzreform.

Der Rat der Gemeinde Eitorf fordert daher die am weiteren Gesetzgebungsvorhaben Beteiligten - insbesondere den Bundesrat und die Mitglieder des Vermittlungsausschusses - auf, ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen gerecht zu werden!